Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

19.3.1931 (No. 66)

Visual Library

Nr. 66 Donnerstag, den 19. März 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferster Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Wehretat im Reichstag

Etatsrede Gröners

In der Reichstagssitzung am heutigen Donnerstag, die bereits um 10 Uhr begann, ergriff bei der zweiten Beratung des **Haushalts des Reichswehrministers** Reichswehrminister Dr. **Gröner** das Wort, um noch einmal seine prinzipielle Einstellung zur Wehrmacht in großen Zügen darzulegen. Er führte u. a. aus:

Alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, hätten sich in so warmer und zustimmender Weise zur Wehrmacht geäußert, daß diese Anerkennung das schönste Geschenk für die **Reichswehr** zu ihrem **zehnjährigen Bestehen** sei.

Der Minister geht dann auf die politische Einstellung der Wehrmacht ein. Die Wehrmacht wird von Parteien und Richtungen der verschiedensten Art umworben, um sie zu zersetzen und dann für ihre Zwecke zu gebrauchen. Ein Erfolg dieser Bemühungen würde Bürgerkrieg und Chaos im Gefolge haben. Disziplin und Staatsgesinnung sind in der Wehrmacht fest verankert. An diesem Glauben können mich auch Vorkommnisse, wie sie zum Leipziger Prozeß geführt haben, nicht irre machen. Auch nach dem Buchrucker- und Hitler-Putsch hat der damalige Chef der Heeresleitung mit äußerster Schärfe durchgegriffen.

Der Minister wendet sich dann den Fragen des **Ersatzes der Fürsorge** und der **Versorgung der Wehrmacht** zu. Gegenüber dem Vorwurf, daß die Landbevölkerung beim Ersatz bevorzugt werde, weist der Minister darauf hin, daß am 1. Januar 1930 55 Proz. Stadt- und 45 Proz. Landersatz vorhanden war. Der Vorwurf, daß Linkskreise benachteiligt seien, werde umgekehrt auch von der äußersten Rechten erhoben. Der Minister betont, daß es grundsätzlich das Ehrenrecht eines jeden Deutschen sei, dem Vaterlande als Soldat zu dienen. Aus politischen Gründen dürften nur solche Bewerber abgelehnt werden, denen nachgewiesen werde, daß sie sich in verfassungs-, also auch in wehrfeindlichem Sinne betätigt haben. Entgleisungen einzelner Führer oder Mitglieder von Verbänden könnten daher noch kein Grund zum Ausschluß aller Mitglieder derartiger Verbände oder Parteien sein. Unter keinen Umständen könnten Bewerber aus Kreisen aufgenommen werden, die sich nicht scheuten, den Soldaten für den Kriegsfall Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht zu predigen. Der Minister verweist dann auf die dauernd steigenden Zahlen der Versorgungsanwärter und tritt für Verbesserungen der Zivilversorgung ein.

Als letztes Kapitel behandelt der Minister die **Abrüstungsfrage**. Hierin ist sich ganz Deutschland insofern einig, als wir alle von der Abrüstungskonferenz **volle Gleichberechtigung** erwarten und auf der Erfüllung unseres guten Rechtes bestehen werden. Wenn immer wieder die Forderung auf einseitige Entwaffnung erhoben wird, dann kann eine solche Behandlung nicht ohne Rückwirkungen auf den Willen und Glauben an die Möglichkeit einer Verständigung bleiben. Was die angeblichen **Geheimrüstungen** betrifft, so bin ich überzeugt, daß die Verkünder solcher Nachrichten im Auslande an dieses Märchen selbst nicht glauben. Das Trübste an diesem Kapitel bleibt aber die Tatsache, daß diese Kreise des Auslandes zum größten Teil ihr Material **von Deutschen** beziehen, deren Triebfeder entweder fanatischer Haß gegen alles Militärische, oder gewöhnlichste Gewinnsucht ist. Ich stehe nicht an zu erklären, daß ich außerordentliche gesetzliche Maßnahmen gegen diese Staatsverleumder für erforderlich halte. Ich habe aber nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir alle Maßnahmen zum **Schutze unserer Grenzen** treffen, soweit uns das unsere schwachen militärischen Kräfte und die uns auferlegten vertraglichen Bindungen erlauben, und ich bin felsenfest überzeugt, daß sich zur Verteidigung der Grenzen alle Kreise unseres Vaterlandes ebenso zusammenfinden werden, wie in der Vertretung unseres vertraglichen und moralischen Rechtes auf Abrüstung.

Der Ausschußberichterstatter, Abg. **Stücklen** (Soz.), weist im Namen des ganzen Ausschusses die Behauptung von geheimen deutschen Rüstungen als absolut unbegründet und unbewiesen zurück. Die Reichstagsmehrheit werde irgendeine schwarze Rüstung nicht dulden. Sie habe seinerzeit ja auch der Schwarzen Reichswehr ein Ende gemacht.

Abg. Dr. **Leber** (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen Maginots. Der Ulmer Offiziersprozeß eröffnete einen Einblick in die Seele der jungen Offiziere. Die Schuld liege am System, und der Hauptschuldige an diesem System sei Herr v. Seeckt. Neben der Disziplin sei nicht alles andere nebensächlich. Die Offiziere und Mannschaften müßten erfüllt sein mit den Idealen dieser Republik.

Verwendungszwang für Zichorie?

Zur Zeit finden — wie die „N. Bad. Landesztg." aus Berlin erfährt — im Reichswirtschaftsrat Besprechungen über ein Gutachten statt, das sich mit dem von den Zichoriebauern gewünschten Verwendungszwang eines gewissen Anteils inländischer **Zichorien** bei der Herstellung von **Kaffee-Ersatzmitteln** befaßt.

In Deutschland werden zweieinhalbmal soviel Kaffee-Ersatzmittel wie reiner Bohnenkaffee verwandt. Die Zichoriebauern in der Magdeburger Börde und in Baden produzieren 70 000 Doppelzentner dieser Wurzeln im Gesamtwert von etwa 1½ Millionen Reichsmark, während die doppelte Menge aus Belgien eingeführt wird. Nun ist der Preis der belgischen Zichorie im letzten Jahre von 120 auf 65 Franken gefallen, während der Zollschutz nur 80 Rpf. pro Doppelzentner beträgt. Darum haben sich die Zichoriebauern um Hilfe und Schutz an das Reichsernährungsministerium gewandt.

Letzte Nachrichten

Die Gegensätze in Polen

Kundgebungen gegen Pilsudski in Posen

CNB. **Posen**, 19. März. (Priv.-Tel.) Aus Anlaß des heutigen Namenstages des **Marschalls Pilsudski** fand gestern abend ein Zapfenstreich statt, an dem alle Truppen der Posener Garnison beteiligt waren. Ungeheure Menschenmassen umsäumten den Platz vor dem Stadttheater. Die Musik spielte nur religiöse Lieder und vermied es, die „Legionenbrigade" zu spielen. Nach dem Zapfenstreich intonierte aber die Kapelle beim Abmarsch die **Hymne der Legionen**. In diesem Augenblick begann eine **gewaltige Gegenkundgebung** der überwiegend **nationaldemokratisch gesinnten Bevölkerung**.

Die Massen stimmten die **deutschfeindliche Rota** an und übertönten die Kapelle. Große Umzüge formierten sich, und durch alle Straßen zogen die Menschenmassen, um **gegen Marschall Pilsudski**, Brest- und die Sanierungsparteien zu demonstrieren. Die Demonstranten marschierten vor die Wohnung des Generals **Haller** und brachten auf ihn Hochrufe aus. Ganz Posen war in großer Erregung. Auch in den Kaffeehäusern wurden Pilsudski feindliche Kundgebungen laut. Die Polizei griff energisch ein und versuchte, die Demonstranten zu zerstreuen, was ihr aber nur vorübergehend gelang. Dabei wurden einige Personen verletzt und einige Anführer verhaftet. Die ganze Nacht über dauerte die erregte Stimmung an; zu ernsten Ausschreitungen ist es indessen nicht gekommen.

Heute vormittag nun fanden hier die großen **offiziellen Pilsudski-Feiern** des Militärs vor dem hiesigen Generalkommando statt, zu dem die Regimenter mit Fahnen und Musik durch die Straßen zogen. Die öffentlichen Gebäude haben gehißt, **Privathäuser haben fast gar nicht geflaggt**. Zu Gegenkundgebungen ist es bisher nicht mehr gekommen. Die Polizei ist in höchster Alarmbereitschaft und bemüht, mit allen Mitteln Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Landtagsabgeordneter Bock in der Schweiz verhaftet

WTB. **Basel**, 19. März. Der badische kommunistische Landtagsabgeordnete **Bock**, der sich trotz eines im Jahre 1920 ergangenen Aufenthaltsverbots gestern in der **Schweiz** aufhielt und an einer Versammlung von Kommunisten in der Mustermesse teilnahm, wurde **festgenommen**. Er wird dem zuständigen Gericht zur **Bestrafung** vorgeführt und dann **ausgewiesen** werden.

Härtere Strafen für Beleidigung

VDZ. **Berlin**, 19. März. (Tel.) Von Abgeordneten fast aller bürgerlichen Parteien ist im Reichstage ein **Antrag Bornemann** (Volksnat.) eingebracht worden, der die Reichsregierung ersucht, bei der geplanten Strafrechtsreform dahin zu wirken, daß die **Vergehen der Beleidigung**, der üblen **Nachrede**, der Verbreitung falscher, nicht erweislich wahrer Tatsachen, die geeignet sind, den Betroffenen in seiner persönlichen und politischen Ehre in der Öffentlichkeit herabzuwürdigen, als Diebstahl am höchsten Gut, an der Ehre, zum mindesten **nach den Strafbestimmungen**, die für **Diebstahl** an materiellem Gut maßgebend sind, geahndet werden. Die Paragraphen 242 ff. des Reichsstrafgesetzbuches sowie die straferschwerenden Bestimmungen für Rückfall müssen Anwendung finden.

Der Schaden des indischen Boykotts

WTB. **London**, 19. März. (Tel.) Eine Erklärung der beiden großen Verbände der **Baumwollspinnereien und -webereien in Manchester** erwähnt, daß infolge des **Boykotts britischer Güter in Indien** allein in Bengalen Baumwollwaren **aus Lancashire im Werte von 1,5 Millionen Pfund Sterling** festliegen, und daß in England selbst große Mengen bestellter Waren angehäuft sind, die infolge des inzwischen eingetretenen Preissturzes bereits mit schweren Verlusten belastet sind.

Das Ergebnis der Länderkonferenz

Maßnahmen gegen religiöse Verhetzung und Radikalismus

Die am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. **Wirth** in Berlin, wie gemeldet, zusammengetretene Konferenz der Polizeiminister der größeren Länder beschäftigte sich mit der innenpolitischen Lage, unter besonderer Berücksichtigung der antireligiösen Verhetzung und der politischen radikalen Strömungen.

Die sehr eingehende Aussprache ergab — wie mitgeteilt wird — die **völlige Übereinstimmung** in der Auffassung, daß es notwendig sei, der **ständig wachsenden Verhetzung und Aufreizung** in politischer und kultureller Hinsicht **mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten**. Die festgestellte einmütige Auffassung der Länderminister wird die Grundlage einer alsbaldigen Aussprache des Reichsinnenministers beim Reichskanzler haben.

Wie es heißt, wird die Abwehraktion der Reichsregierung gegen die radikale Propaganda in Übereinstimmung mit den Regierungen der großen Länder nach der Vertagung des Reichstags mit aller Schärfe einsetzen. Die betreffenden Gesetze werden mit **Zustimmung des Reichspräsidenten** auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verkündet werden.

Im Prozeß gegen die Verschwörer von Jaca hat, wie jetzt bekannt wird, das spanische Kriegsgericht nur ein Todesurteil, und zwar gegen den Hauptmann Sediles, gefällt. Der König hat ihn aber begnadigt.

*Besprechungen mit der Sozialdemokratie

Das parlamentarische Bild in Berlin hat sich seit Ende der vorigen Woche noch nicht wesentlich geändert: die **sozialdemokratische Reichstagsfraktion beharrt** nachwievor bei ihren **steuerpolitischen Anträgen** (Erhöhung der Einkommensteuer bei den Einkommen über 20 000 *RM* und Tantiemensteuer). In Sachen des **Panzerkreuzerbaus** hat sie sich allerdings auf einen Beschluß festgelegt, der alle Schwierigkeiten aus dem Wege räumt. Die Fraktion wird bei der entscheidenden Abstimmung **Stimmenthaltung** üben. Damit ist die Annahme der Baurate gesichert.

Gerade dieser Beschluß ist es, der von der Sozialdemokratie als eine Art moralisches Druckmittel auf die Reichsregierung benutzt wird. So schreibt z. B. der „**Vorwärts**" folgendes: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat durch ihren gestrigen Beschluß gezeigt, daß sie weit davon entfernt ist, gegen die Regierung Brüning Bosheitspolitik zu treiben. Das muß für die Regierung ein Grund mehr sein, billigen Forderungen der Sozialdemokratie entgegenzukommen. Es wäre im höchsten Grade unpolitisch, wenn die Regierung einen Justament-Standpunkt einnehmen würde in der Hoffnung darauf, daß die Sozialdemokratie — klüger als sie — es zu letzten Konsequenzen **nicht kommen lassen werde**. Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt ist — das ist eine Aufforderung an die Regierung, sich auch der ihren bewußt zu sein."

So einfach wie hier die Dinge beurteilt werden, liegen sie leider nicht. Es ist keine Hartnäckigkeit im Spiele, wenn Reichskanzler Dr. **Brüning** die steuerpolitischen Anträge ablehnt. Man darf nicht vergessen, daß sich die Reichsregierung noch jüngst in Erklärungen ihrer hervorragendsten Mitglieder gegen die Möglichkeit weiterer steuerlicher Belastungen ausgesprochen hat. Ein Kabinett, das so sehr auf Kontinuität seiner Politik Wert legt, wie das Brüningsche, kann eine Abweichung von der als richtig bezeichneten Linie vor seinem eigenen Gewissen nur schwer verantworten.

Nun hat aber auch die **Deutsche Volkspartei** durch ihre Führer dem Reichskanzler ihre **stärksten Bedenken** gegen etwaige neue Steuererhöhungen zum Ausdruck gebracht. Und die Wirtschaftspartei dürfte diese Bedenken teilen. Wenn Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei im Bunde mit den anderen kleineren bürgerlichen Parteien bei der Abstimmung über die steuerpolitischen Anträge der Sozialdemokratie Obstruktion üben, dann wäre der Reichstag beschlußunfähig, und die Anträge fielen ins Wasser.

Falls es nicht dazu kommt, und die Anträge mit einer Mehrheit angenommen werden, könnte der Reichskanzler noch auf den **Reichsrat** zurückgreifen. Allerdings sollen ja nach dem Willen der Antragsteller die Erträgnisse aus den neuen Steuern vor allem den Gemeinden zugute kommen. Und da ist es fraglich, ob sich im Reichsrat eine Mehrheit **gegen** diese Anträge findet.

Erst in der nächsten Woche wird die Abstimmung über diese Anträge erfolgen. Der **Reichskanzler** hat natürlich noch ein weiteres Druckmittel in der Hand. Er kann die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von neuem darauf hinweisen, wie **gefahrdrohend** zur Zeit die innerpolitische Lage ist und wie wenig sie eine Krisis vertragen würde. Daß Reichskanzler Dr. Brüning die Anträge der Sozialdemokratie ohne weiteres hinnehmen wird, ist jedenfalls nicht zu erwarten. Und die Sozialdemokratie würde unter Umständen ein Wagnis begehen, wenn sie sich weiterhin auf diese Anträge versteift.

In der **Vertagungsfrage** braucht es jedoch zu keiner Komplikation ernster Art zu kommen. Einstweilen stehen allerdings die Auffassungen ziemlich diametral gegenüber: der Reichskanzler wünscht, um mit seinem Kabinett in Ruhe alles durcharbeiten zu können, eine feste Vertagung bis zum Herbst, die Sozialdemokratie dagegen wünscht, daß der Reichstagspräsident ermächtigt wird, den Reichstag einzuberufen, wenn sich das als notwendig erweist. Nach der Geschäftsordnung brauchten dann nur Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen eine solche Einberufung verlangen, und der Reichstagspräsident müßte diesem Verlangen stattgeben. Aber man kann wohl damit rechnen, daß die Sozialdemokratie nur im äußersten Notfalle mit den Kommunisten eine solche Forderung stellen wird, so daß dann also der Reichstag doch faktisch bis zum Herbst vertagt bliebe.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 28. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Schacht über die Revision des Youngplanes

Die „Deutsche Rundschau" (Verlag Berlin W 30) veröffentlicht in ihrem Märzheft einen Aufsatz von **Reichsbankpräsident a. D. Dr. Hjalmar Schacht**, der die Rechtsgrundlagen zeigt, auf denen jede Revisionsforderung aufbauen muß. Wir geben im folgenden mit Erlaubnis des Verlages einige Abschnitte aus diesem ungemein wichtigen Aufsatz wieder:

Der deutsche Lösungsvorschlag akzeptiert grundsätzlich, daß Deutschland die sogenannten Reparationsansprüche **bis zu einer vernünftigen Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit** erfüllen sollte. Für die Bemessung der deutschen Leistungsfähigkeit greift das Memorandum zurück auf die Grundsätze, die der amerikanische Staatssekretär Mellon seinerzeit für die Schuldenverhandlungen mit den Alliierten aufgestellt hatte. Diese Grundsätze hatte Mellon dahin formuliert, daß das Einkommen und der Lebensstandard des Schuldnervolkes berücksichtigt werden müsse, und daß das Bestehen auf einem Abkommen, das die Zahlungsfähigkeit eines Landes übersteige, dieses Land berechtigen würde, jenes Abkommen zu verweigern. Was hier für die alliierten Schuldner gegenüber Amerika als geltende Rechtsgrundlage von Mellon offiziell formuliert und von der parlamentarischen Vertretung des amerikanischen Volkes gebilligt wurde, würde einer deutschen aktiven Reparationspolitik, so sollte man meinen, eine wirksame Handhabe bieten.

Was nun die deutsche Leistungsfähigkeit anlangte, so gab das Memorandum eine knappe Darstellung der derzeitigen trostlosen deutschen Wirtschaftsstruktur und verwies in erster Linie darauf, daß durch die Entscheidungen der Friedensverträge Deutschlands **landwirtschaftliche** Erzeugung in einem Umfange geschwächt worden sei, der unter allen Umständen wieder wettgemacht werden müsse. Die deutsche Lebensmittelversorgung sei in einem Maße vom Auslande abhängig geworden, das unmöglich zu ertragen sei und einer Reparationslösung infolge der zur Zeit notwendigen Lebensmittelimporte entgegenwirke.

Der zweite Grundgedanke des deutschen Lösungsvorschlages war die Wiederherstellung einer eigenen **Rohstoffbasis** in wenigstens einem gewissen Umfange, nachdem Deutschland seiner Kolonien und damit der in den Kolonien in kräftigem Aufblühen begriffenen Rohstofferzeugung beraubt worden sei.

Der dritte Leitgedanke endlich war der in unzähligen volkswirtschaftlichen Arbeiten über das Reparationsproblem immer wieder zum Ausdruck gebrachte Satz, daß Deutschland nur aus einer Steigerung seines **Exportüberschusses** Reparationen zahlen könne. Die deutsche Reparationsleistung müsse deshalb in einer gewissen Proportion stehen zu dem Umfange, in dem die Weltmärkte sich dem deutschen Handel öffnen würden. Keine neue Weisheit, sondern eine pure Selbstverständlichkeit.

Statt auf alle diese Gedankengänge einzugehen, brachten es die politischen Einflüsse auf der Pariser Konferenz fertig, sämtliche ökonomischen Erwägungen mit einer Handbewegung beiseite zu schieben und eine Zahlenreihe aufzustellen für Deutschlands Verpflichtungen, die den politischen alliierten Mächten Genüge bot. Kein Jahr ist verflossen, seit der Ratifizierung des Haager Protokolls, und schon taucht das Problem wieder auf. Wir stehen in kürzester Frist, und viel eher, als es den Politikern lieb ist, vor seiner Neuerörterung. da ist es von größter Wichtigkeit, festzustellen, daß der Youngplan trotz aller politischen Beeinflussung, doch die ökonomischen Voraussetzungen und Vorbedingungen für die Reparationszahlungen genügend eindeutig formuliert hat, um darauf eine Neuerörterung basieren zu können. Ja, stärker als der Dawesplan, betont der Youngplan, daß die Steigerung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht ohne die **aktive Unterstützung** der übrigen Mächte eintreten kann, und legt diesen Mächten deshalb die Verpflichtung auf, für eine ökonomische Lösung des Reparationsproblems einzutreten.

Die große Frage, die sich damit jetzt für die alliierten Mächte ergibt, ist die, ob sie diese Erhöhung der deutschen Zahlungsfähigkeit mit herbeiführen helfen und durch Öffnung und Finanzierung der Märkte die Kaufkraft für deutsche Waren steigern wollen. Wollen sie das nicht, so liegt nur die andere Lösung vor, auf Reparationsleistungen zu verzichten.

Der Youngplan hat sich nicht begnügt mit dieser bloßen Gegenüberstellung, sondern er hat in der Bank für internationalen Zahlungsausgleich eines der Mittel angegeben, um zur Lösung des Problems im positiven Sinne beizutragen. Die Aufschließung und Finanzierung neuer Märkte durch gemeinschaftliche internationale Arbeit einschließlich Deutschland erkannten die Youngplan-Sachverständigen einstimmig als ein wirksames Mittel, um Deutschlands Export zu Hilfe zu kommen.

Fragt man sich, was die Internationale Bank bisher in der Richtung getan hat, was sie auch nur eingeleitet hat, um diesen Zielen gerecht zu werden, so wartet man vergebens auf eine Antwort. Auch dort findet man kein Verständnis für die wirklich großen Aufgaben, die der Youngplan der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit gestellt hat. Es ist der Internationalen Bank gegangen wie Herrn Tardieu im Haag, der glaubte, sich über die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Youngplanes hinwegsetzen zu können. Die wirtschaftliche Lösung des Reparationsproblems ist damit wieder einmal vorerst begraben worden. Aber sie wird noch einmal auferstehen und entweder zum wirklichen Frieden führen oder für immer das Zeitliche gesegnet haben.

Starke Zunahme der Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen in England erreichte am 9. März 2 691 737 Personen, das sind 57 163 Arbeitslose mehr als in der Vorwoche und 1 127 930 mehr als im Vorjahre.

Aus dem Reichstag

Der Postetat — Heute Wehretat

Bei Beginn der Mittwochsitzung wiederholten die Kommunisten das alte Spiel, die sofortige Beratung eines nicht auf der Tagesordnung stehenden Antrages zu verlangen. Diesmal verlangten sie die Aufhebung der vom **Hamburger** Senat ausgesprochenen **Demonstrationsverbote.** Da der kommunistische Redner sich nicht an die Geschäftsordnung hielt und andere Abgeordnete beschimpfte, wurde ihm das Wort entzogen. Der sofortigen Beratung seines Antrages wurde widersprochen.

Der Reichstag erledigte dann die zweite Beratung des **Postetats,** der nur einen Ausgabetitel „Gehalt des Ministers" und einen Einnahmetitel „Überschuß der Deutschen Reichspost" enthält. Reichspostminister Dr. **Schätzel** gab einen Überblick über die Entwicklung des Postbetriebes, die angesichts der Wirtschaftsdepression noch als recht günstig zu betrachten ist.

In der Aussprache wurde von den Rednern der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Kommunisten darüber geklagt, daß der nationalsozialistischen Agitation innerhalb der Postbeamtenschaft nicht mit dem nötigen Nachdruck entgegengetreten werde. Es wurden dafür verschiedene Beispiele angeführt, vor allem der Fall der Fernsprechaufsichtsbeamtin **Wehnelt** in Berlin, die ein nächtliches Telephongespräch über eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten sofort dem nationalsozialistischen Führer Dr. Goebbels mitgeteilt und damit das **Postgeheimnis** in schwerer Weise verletzt haben soll. Minister **Schätzel** erwiderte, er habe in wiederholten Verfügungen den Beamten eingeschärft, daß alle staatsfeindlichen Bestrebungen verboten seien, er werde auch rücksichtslos gegen alle Verstöße einschreiten, sobald die Beweise vorliegen. Im Falle Wehnelt sei das Disziplinarverfahren im Gange, dessen Ausgang abgewartet werden müsse.

Zugleich mit der Bewilligung des Postetats wurde eine Ausschußentschließung angenommen, die eine **Verbilligung der Fernsprechgebühren für Wenigsprecher** fordert. Der Minister hatte allerdings schon vorher erklärt, daß in der jetzigen schwierigen Zeit eine Gebührenverbilligung ausgeschlossen sei.

*

Auf der Tagesordnung der heutigen Donnerstagsitzung steht der **Wehretat.** Die Sitzung begann schon um 10 Uhr und der Reichstag will diese verlängerte Arbeitszeit zunächst durchhalten, weil bis Ende der kommenden Woche der Etat erledigt sein soll. Über den Beginn der Sitzung, die eine Rede des Reichswehrministers brachte, berichten wir an anderer Stelle.

Die Pläne der Lufthansa

Über den neuen Frühjahrsflugplan der **Lufthansa** wurden auf einem Pressesprechabend in Berlin von Direktor **Wronsky** Mitteilungen gemacht.

So soll auf der **Rheintalstrecke** zwischen **Frankfurt a. M.** und **Köln** nach Möglichkeit ein **Stundenflugverkehr** eingerichtet werden. Es sollen Anfang Mai auf der Strecke Frankfurt—Köln die ersten Luftomnibusse eingesetzt werden. Die Aerobusse sollen in Abständen von einer Stunde zwischen den beiden Städten einen regelmäßigen Passagierdienst durchführen. Das Vorbild für diesen neuartigen Aerobusdienst ist Amerika. Zwischen Washington und New York besteht schon seit längerer Zeit ein Luftautobusdienst. Des weiteren soll das Riesenflugzeug **Junkers „G 38"** in diesem Jahr in den Dienst der Lufthansa eingesetzt werden. Es ist geplant, zunächst Schauflüge mit dem Flugzeug durch Deutschland zu unternehmen. Dann soll das Flugzeug planmäßig auf der Strecke Berlin—London verwandt werden.

Auch die **Schwerölmotoren,** von denen man sich im Luftverkehr große Fortschritte verspricht, sollen in diesem Jahre zum erstenmal in Betrieb genommen werden. Man wird die Schwerölmotoren zuerst bei den **Frachtflugzeugen** der Hansa ausprobieren. Wenn genügend Erfahrungen gesammelt worden sind und wenn die Schwerölmotoren sich bewährt haben, sollen sie dann auch in den Passagierflugzeugen Verwendung finden. Es handelt sich bei den Schwerölmotoren um den Typ Junkers Schwerölmotor F. O. 4.

Kurze Nachrichten

Vorläufig keine Beratung des polnischen Handelsvertrages. Die Nationalsozialisten haben mitgeteilt, sie würden bei einer etwaigen Beratung des deutsch-polnischen Handelsvertrages in den Reichstag zurückkehren. Doch bestand anscheinend überhaupt nicht die Absicht, diesen Vertrag noch während des laufenden Tagungsabschnittes zu erledigen. Die Staatspartei hat allerdings der Regierung den Wunsch übermittelt, daß dies noch geschehen möge. Außerdem ist eine Verabschiedung dieses Vertragswerkes technisch gar nicht mehr möglich, da innerhalb der noch zur Verfügung stehenden 1½ Wochen Reichsrats- und Reichstagsberatung nicht mehr durchführbar sind.

Verschärftes Demonstrationsverbot in Berlin. Die in dem allgemeinen Demonstrationsverbot des **Berliner** Polizeipräsidenten vom 10. Dezember 1930 zugelassenen **Ausnahmen** für den Lustgarten, die Treptower Spielwiese, den Humboldt-Hain und die Jungfernheide sind jetzt auch aufgehoben worden. Durch dieses Verbot werden von jetzt ab **alle Kundgebungen unter freiem Himmel verboten.**

Für das Wahlrecht für Österreicher. Der Unterausschuß für Verfassung und Verwaltung der „Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft" hat an das Reichsministerium des Innern das Ersuchen gerichtet, das Reichswahlgesetz dahin abzuändern, daß den im Reiche lebenden österreichischen Staatsangehörigen das Wahlrecht zum Deutschen Reichstag verliehen wird. Da in der österreichischen Bundesverfassung bereits eine entsprechende Möglichkeit vorgesehen ist, werde bei Annahme dieses Antrags den Angehörigen beider deutschen Staaten das gegenseitige Wahlrecht zustehen.

Die neue Luftverkehrslinie Berlin—München—Rom soll vom Reichsverkehrsminister am 1. April eröffnet werden. Dr. Guérard beabsichtigt, hiermit den Gegenbesuch zu verbinden für den Besuch, den ihm 1928 der italienische Luftfahrtminister Balbo in Berlin abgestattet hat. Er wird am 1. April im ersten Flugzeug der neuen Linie in Rom eintreffen und wird auch Gelegenheit nehmen, im Vatikan vorzusprechen.

In der bayerischen Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt, der u. a. die gültigen Löhne und Akkordbasen um 5,5 Proz. ermäßigt.

Der Tarif- und Lohnstreit in der deutschen Schuhindustrie ist durch Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums beendet. Es wurde u. a. der Mindeststundenlohn für einen männlichen Schuhfabrikarbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse I von seither 95 auf 90 *Rpf* herabgesetzt. Sämtliche tatsächlichen Zeitlöhne und Akkordsätze werden entsprechend der Lohnreduktion beim Tariflohn um 5¼ Proz. gesenkt. Der Schiedsspruch wurde für beide Parteien als endgültig und sofort bindend erklärt.

Kanada protestiert. Die kanadische Regierung hat jetzt in **Washington** formell Protest gegen die **Beschießung** des Alkoholschmuggelschiffes „Josephine K." durch amerikanische Küstenwachschiffe im Januar dieses Jahres eingelegt. Es wird behauptet, daß sich die Vorfälle außerhalb der 15-Meilen-Grenze zugetragen haben.

Aus den Ländern

Wahlen in norddeutschen Ländern. Nach Braunschweig setzen in Niedersachsen, **Schaumburg-Lippe** und **Oldenburg** den Reigen der Wahlen fort. In Schaumburg-Lippe werden Ende April, und in Oldenburg Mitte Mai Landtagswahlen stattfinden. Seit 1928 herrscht in Schaumburg-Lippe eine sozialdemokratische Regierung, an deren Spitze der **Staatsrat** Lorenz steht. Sie stützt sich auf eine Mehrheit von einer Stimme. Die Sozialdemokraten haben von den fünfzehn Sitzen des Landtages acht inne, während ihnen drei Deutschnationale und Landbündler und je ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, des Nationalen Blocks und der Handwerker gegenüberstehen.

Zweiprozentige Mieterhöhung in Hessen. Das Hessische Gesamtministerium hat auf Grund des § 11 des Reichsmietengesetzes und der § 2 und 8 des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken durch Verordnung vom 16. März angeordnet: Die gesetzliche Miete wird in allen Städten und Landgemeinden mit Wirkung vom 1. April 1931 ab um 2 v. H. der Friedensmiete erhöht.

Das thüringische Volksbegehren. Im Auftrage der Kommunistischen Partei Großthüringens überreichte der als Vertrauensmann für das Volksbegehren über die Auflösung des Landtags von Thüringen bestellte Abg. Heilmann dem thüringischen Ministerium des Innern die Liste mit den Unterschriften von 1000 Stimmberechtigten, die nach dem Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid erforderlich sind.

Das Volksbegehren in Braunschweig. Das braunschweigische Staatsministerium hat den kommunistischen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zwecks Auflösung des braunschweigischen Landtages **abgelehnt,** weil die nach dem Gesetz erforderlichen 2000 Unterschriften nicht beigefügt waren.

Kirchenkopfsteuer in Berlin. Die Berliner evang. Stadtsynode hat neben der üblichen Kirchensteuer die Einführung eines Kirchengeldes beschlossen, und zwar in einer Staffelung, die sich wie folgt auswirken soll: Bei 12 bis 400 *RM* Einkommensteuer 2 *RM*, 400 bis 600 *RM* 4 *RM*, 600 bis 1000 *RM* 6 *RM*, von 1000 bis 10 000 *RM* 8 *RM*, und über 10 000 *RM* Einkommensteuer 10 *RM* jährlich. Der Beschluß unterliegt noch der kirchen- und staatsaufsichtlichen Genehmigung.

Stürmische Auftritt in der Hamburger Bürgerschaft. Schon vor der Mittwochsitzung der Hamburger Bürgerschaft entwickelte sich eine Schlägerei, an der etwa ein Dutzend Mitglieder der radikalen Parteien beteiligt waren. Mit dem Rufe „Mörder raus!" versuchten die Kommunisten immer wieder, nationalsozialistische Abgeordnete hinauszudrängen. Senatspräsident Dr. **Roß** sagte in einer Senatserklärung: Die beiden politischen Bluttaten, die Hamburg in den letzten Tagen erlebt habe, und die Jeden mit Empörung erfüllen, beweisen den Grad der Verhetzung, der durch zügellose Kampfmethoden erreicht werde. Verantwortlich für die Bluttaten seien allein diejenigen, die nicht durch ehrliche Mitarbeit bemüht seien, die Not der Gegenwart zu überwinden.

Die **Phosgenprozesse** kommen am 15. Mai vor das **Oberlandesgericht Hamburg.** Die Phosgengeschädigten erzielten bekanntlich siegendes Urteil gegenüber dem Staat, während die Entschädigungsklage Dr. Stolzenbergs von der Zivilkammer zurückgewiesen wurde. Es handelt sich jetzt um die Berufung des hamburgischen Staates bzw. Dr. Stolzenbergs, des Besitzers des Phosgenlagers, dessen Explosion seinerzeit zahlreiche Menschenopfer forderte.

Paßfälschungsskandal in Litauen. Umfangreiche Paßfälschungen, die bis ins Jahr 1924 zurückreichen, sind in Litauen aufgedeckt worden. In das Verfahren sind etwa 300 Personen verwickelt, darunter auch einige Beamte. Der ehemalige Polizeichef von Telschi, **Rapecka,** und drei weitere Personen sind bereits verhaftet worden.

Keine Herabsetzung des Wahlalters in Japan. Die japanische Regierung hat beschlossen, die Wahlreformvorlage, durch welche das Wahlalter von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt werden sollte, zurückzuziehen. Der Beschluß ist auf die starke Gegnerschaft, die im Geheimen Rat gegen die Reformvorlage geltend gemacht wird, zurückzuführen.

Nach indischem Muster. Die ägyptischen Nationalisten beginnen jetzt, sich der von den indischen Nationalisten erprobten Methoden zur Förderung der heimischen Industrie zu bedienen. **Nahas Pascha,** der Führer der Wafd-Partei und früherer Premierminister, ist mit Beispiel vorangegangen, indem er seinen europäischen Kragen und seine Krawatte abgelegt hat und statt dessen nunmehr einen in Ägypten hergestellten seidenen Schal trägt.

Kleine Chronik

Der **Budapester Zeppelin-Besuch** wird am 28. und 29. März stattfinden. Die Hinfahrt wird über Innsbruck, Graz und den Plattensee gehen. Aus Anlaß dieses Besuches gibt die ungarische Post zwei Zeppelin-Gedenkbriefmarken aus.

In **Stuttgart** brach am Mittwochnachmittag in einem großen, aus Holz erbauten **Lagerhausschuppen** der Speditionsfirma **Mannheimer Lagerhausgesellschaft m. b. H.** ein **Brand** aus, der in den dort lagernden Warengütern, vor allem in Altpapier, Dachpappe, Farbe, Wolle, Teeröl, Autoöl, reiche Nahrung fand und auch auf einen zweiten großen Holzschuppen übergriff. Beide Schuppen sind mit allen Vorräten vollständig niedergebrannt. Der Schaden, der nur zum Teil durch Versicherung gedeckt ist, wird auf 150 000 RM. geschätzt. Als Brandursache kommt **Brandstiftung** in Frage.

Das Schwurgericht **Regensburg** verurteilte Kurt Erich **Tetzner** wegen Mordes, Versicherungsbetrugs und eines Mordversuchs zur **Todesstrafe,** außerdem zu 12 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Frau Emma Tetzner wurde wegen Beihilfe zu 4 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

In **Königsberg** (Ostpr.) **vergiftete** sich eine 18jährige **Primanerin** mit Leuchtgas. In einem hinterlassenen Briefe gibt sie als Grund der Tat Nichtversetzung in der Schule an.

Erdrutsche bei **Ruschegg** in der Schweiz scheinen sich zu einer umfangreichen **Katastrophe** auszuwachsen, da die in Bewegung geratenen Erdmassen bereits eine Ausdehnung von 100 Morgen erreicht haben. Drei bewohnte Alphütten sind bereits geräumt worden. In dem schönen Waldbestand ist gewaltiger Schaden angerichtet worden. Das Rutschgebiet befindet sich in den bernerischen Vorbergen am **Gurnigel.**

In **Mexiko-Stadt** hat ein Mann, der bekannt dafür war, daß er dem mißbräuchlichen Genuß von **Rauschgiften** sich ergeben hatte, in einem Anfall von Raserei **vier Schwestern erschossen.** Der Unglückliche hat darauf Selbstmord begangen.

In der **Strafanstalt Stateville** (Illinois) sind ernste Unruhen ausgebrochen. Zur Unterdrückung wurde die gesamte Polizei und Staatsmiliz aufgeboten. Vier Sträflinge wurden durch Schüsse verletzt. Ein Brand zerstörte u. a. das Küchengebäude, die Waschanstalt und das Speisehaus der Strafanstalt. Die Anstalt hatte 1600 Insassen. Der Sachschaden wird auf 300 000 Dollar geschätzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Der Fremdenverkehr Badens im Monat Februar

Im Monat Februar sind nach den vorläufigen Ergebnissen der vom Statistischen Landesamt durchgeführten amtlichen Fremdenverkehrsstatistik in rund 200 Fremdenplätzen nahezu 67 000 Fremde angekommen.

Im Vergleich zum Februar des Jahres 1930 hat die Zahl der Angekommenen um über 8000 zugenommen, während sie gegenüber dem Vormonat nahezu gleich geblieben ist.

Die Zahl der **Ausländer** ist gegenüber dem Vormonat etwas zurückgegangen; sie beträgt nur noch 4500 oder 6,7 v. H. (Januar 7 v. H.); die meisten kamen aus der Schweiz (1205) und Österreich (959); es folgten Frankreich (347), Holland (328), England (236) und Vereinigte Staaten von Amerika (216).

Die Zahl der **Übernachtungen** ist gegenüber dem Vormonat von 200 000 auf 214 000 gestiegen. Vergleichsweise sei bemerkt, daß der Monat Februar des vergangenen Jahres nur 170 000 Übernachtungen aufwies. Der Einfluß der diesjährigen günstigen Wintersportverhältnisse zeigt sich hier wiederum unverkennbar.

Verein zur Förderung der Innenkolonisation e. V.

Die Primitiv- und Aufstiegssiedelungen

Am Dienstagnachmittag fand in **Karlsruhe** die vierte ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung der Innenkolonisation e. V. statt, die leider nicht gerade stark besucht war. Der erste Vorsitzende, Präsident Dr. **Fuchs**, begrüßte die Erschienenen, darunter auch den Vertreter des Ministeriums des Innern, Ministerialrat **Jung**, worauf der zweite Vorsitzende, Dr. **Schenck**, einen kurzen Geschäfts- und Rechenschaftsbericht erstattete und der Geschäftsführung Entlastung erteilt wurde.

Landtagsabgeordneter **Heck** wies in längeren Ausführungen auf die Gründe hin, weshalb der Siedlungsgedanke in der eigentlichen Landwirtschaft so wenig Wurzel geschlagen habe. Die **Siedlungsstellen** seien **zu teuer** und dadurch eine Rente bei den derzeitigen Preisen für landwirtschaftliche Produkte unmöglich. Er hoffe, daß hier durch das Agrarprogramm der Reichsregierung und vor allen Dingen durch die sog. **Primitivsiedlungen** eine fühlbare Besserung eintritt. Dann glaube er auch, daß in der landwirtschaftlichen Bevölkerung das nötige Interesse sich einstellt.

Der Hauptredner des Tages, **Broedrich**, von der Siedlervermittlerstelle in Berlin, berichtete in interessanten Darlegungen über die von ihm ins Leben gerufenen sog. **Primitiv- oder Aufstiegsiedlungen.** Der leitende Gedanke bei diesen Siedlungen sei, durch möglichste Verwendung der schon vorhandenen Gebäulichkeiten die Kosten für das Gebäudekapital so niedrig als möglich zu halten, dann aber auch durch eine möglichst kurze Zwischenbewirtschaftung die Gesamtherstellungskosten auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Wo einmal das Gebäudekapital über ein Drittel der Gesamtkosten ausmache, sei eine Existenzmöglichkeit des Siedlers auch mit Zuschüssen von Reich oder Land ein Ding der Unmöglichkeit. Leitender Gedanke bei der Schaffung einer Siedlerstelle müsse immer **das wirtschaftliche Moment** sein. Durch Verwirklichung seiner Primitivsiedlungsweise sei es möglich geworden, die zirka 60 Morgen große Siedlerstelle um etwa die Hälfte der bisherigen Kosten, also für etwa 22 000 *RM*, herzustellen, mit einer Anzahlung von zirka 3000 *RM* einschließlich lebendem und totem Inventar und Ernteanteil.

Der Vertreter der Kultur- und Siedlungs-AG. für deutsche Landwirte in Schwerin, **Rehmer**, führte eine Reihe ausgezeichneter Bilder aus **Mecklenburg** vor, besonders auch solche der dortigen Siedlerstellen.

In der Aussprache wurde der Gedanke vertreten, daß für die **süddeutschen** und speziell **badischen Siedlungsinteressenten nur die Primitivsiedlungen** in Frage kämen. Man hofft, daß ähnlich wie in Württemberg, auch die Badener von diesen billigen Siedlungsmöglichkeiten Gebrauch machen. Gutes Siedlermaterial ist zweifellos in Baden ebenso sehr vorhanden wie in Württemberg.

Auf Antrag des Gewerkschaftssekretärs **Riedl** wurde noch der einstimmige Beschluß gefaßt, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß sie wie bisher auch in Zukunft wieder die 6000 *RM* betragende **Umsiedlungsbeihilfe** gewährt. Weiter solle die Regierung Mittel und Wege finden, daß **auch in Baden selbst** für badische Siedlungslustige vor allem Arbeitersiedlungsmöglichkeiten, geschaffen werden, um auf diese Weise inländische Arbeiter auf dem Lande anzusiedeln und dadurch ausländische Wanderarbeiter überflüssig zu machen.

Feriensonderzüge

In diesem Jahre werden voraussichtlich folgende **Feriensonderzüge ausgeführt werden:**

Basel Bad. Bahnhof—Stralsund und Carlshagen-Trassenheide am 10./11. Juli,

(Kaiserslautern)—Mannheim—München über Heidelberg—Bretten am 15./16. Juli und 1./2. August,

Basel Bad. Bahnhof und Konstanz—Mannheim—Hamburg und Bremen sowie Berlin Anhalter Bahnhof am 1./2. August,

Basel Bad. Bahnhof und Konstanz—Mannheim—Dortmund am 2. August,

Mannheim—Basel Bad. Bahnhof und Konstanz über Heidelberg am 2. August,

Die genauen Verkehrstage und die Fahrpläne werden Mitte Mai veröffentlicht werden.

Eine zeitgemäße Einrichtung für den Fremdenverkehr

Der Erleichterung der Auswahl eines Erholungsaufenthalts und zugleich der allgemeinen Belebung des Fremdenverkehrs soll eine neue Einrichtung des Badischen Verkehrsverbandes dienen. Die Neuerung besteht darin, daß von den Hotels **feste Gesamtwochenpreise für einen Wochenaufenthalt,** einschließlich Bedienung, festgesetzt werden. Bei jeder Vertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros wird alsdann zu jenen festen Preisen die Hotelanmeldung möglich sein. Eine größere Anzahl Hotels haben sich diesem Verfahren bereits angeschlossen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die festen Wochenpreise bei ihrer äußersten Berechnung viele Erholungssuchende ermuntern werden, das badische Land als Aufenthalt zu wählen. Jeglicher Sorge um die Preisfrage und die Bezahlung des Bedienungsgeldes enthoben, wird der Gast sich ganz der Erholung widmen können, nachdem die Unterkunft, seinen Wünschen und finanziellen Verhältnissen entsprechend, zum voraus schon geregelt worden ist. Mit der Einführung darf Anfang April gerechnet werden.

Aus dem Badischen Landtag

Der Rechtspflegeausschuß

setzte am Mittwoch die Beratung der **Novelle zum Sparkassengesetz** fort.

§ 8 wurde auf Antrag des Abg. Dr. **Kaufmann** (Zentr.) dahin abgeändert: Durch Satzung kann bestimmt werden, daß sonstige inländische, nicht für den öffentlichen Markt bestimmte **Anleihen** bis zu 2 v. H. der Spareinlagen ohne staatliche Genehmigung aufgenommen werden dürfen.

Längere Erörterungen knüpften sich an den § 11, der über die **Vermögensanlagen** der öffentlichen Sparkassen Bestimmungen trifft. U. a. sollen Darlehen gegen eine Hypothek oder Grundschuld **bis** zu 60 Proz. des Grundstückswertes gegeben werden dürfen. Der Fassung des Entwurfes wurde zugestimmt bei Annahme eines Zentrumsantrages, der eine **Mußvorschrift** der Sparkassensatzung fordert, wonach ein **Höchstbeleihungssatz** bestimmt werden muß, bis zu welchem eine Grundstücksbelastung mit einer Hypothek oder Grundschuld zugunsten der Sparkasse vorgenommen werden darf.

Zu einer Eingabe des Verbandes badischer Gemeinden, die sich auf die **Befugnisse der kleinen Kassen** bezog, verhielten sich Regierung und Ausschuß ablehnend, auch gegenüber dem Einwand, daß die Liquiditätsreserve für die kleinen Kassen noch zu hoch sei.

Der bisherige Rechtszustand, den der Entwurf beibehalten will, sieht eine **Rücklage aus dem reinen Überschuß** von mindestens 5 Proz. der Summe der Einlagen vor. Von Zentrumsseite wurde ein Antrag eingebracht, wonach vorweg 1 Proz. des reinen Überschusses an den Badischen Sparkassen- und Giroverband zur Bildung eines **Ausgleichsstocks** abgeführt werden soll. Die Abstimmung hierüber setzte man aus, da zuvor die Fraktionen gehört werden sollen.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes, der am 1. Oktober 1931 in Kraft treten soll, wurden angenommen.

Als weiterer Punkt der Tagesordnung wurde ein Gesuch des Bundes Deutscher Mietervereine e. V., Dresden, zur Wohnwirtschaft behandelt. Der Beschluß geht auf Überweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme.

Fortsetzung der Main-Kanalisierung

Am Montag fanden in **München** zwischen Vertretern der Reichsregierung und Vertretern der Bayerischen Staatsregierung Verhandlungen über die **Fortsetzung der Main-Kanalisierung,** statt, der nun der badischen Grenze entlang geht und den Anschluß der Städte **Freudenberg** und **Wertheim** an die Großschiffahrt bringen wird. In der Hauptsache führten die Verhandlungen zur übereinstimmenden Auffassung, daß mit dem **Bau der Staustufen Freudenberg** und **Erlabrunn** einschließlich der zugehörigen Kraftwerke, **alsbald begonnen** werden soll. Damit darf die Inangriffnahme einer großen Notstandsarbeit als gesichert erachtet werden.

Badischer Landesverein für Naturkunde und Naturschutz

Anfang März hielt der Badische Landesverein für Naturkunde und Naturschutz im Badischen Weinbau-Institut in **Freiburg** seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Direktor Dr. **Müller** gab einen Überblick über die Tätigkeit des Vereins. Der Verein hat sich im vergangenen Jahr mit der Badischen Entomologischen Vereinigung verschmolzen, um so die vielfach gemeinsamen Interessen der Mitglieder beider Vereinigungen wirtschaftlich fördern zu können.

Rittmeister a. D. Dr. **Mehl** hielt einen interessanten Vortrag über **„Naturschutz und Forstwirtschaft".** In Baden stellte der Wald den fast einzigen Rest noch annähernd ursprünglicher Natur dar. Zum Teil freilich nur scheinbar, da die Forstwirtschaft Vegetationsformen des Waldes schafft, die nicht immer den ursprünglichen Verhältnissen entsprechen. Läßt sich Naturschutz und Forstwirtschaft vereinigen? Wenn der Naturschutz nicht übertriebene Forderungen stellt, gewiß! Der Redner gab eine Übersicht über die Möglichkeiten, durch Naturschutzverordnungen die einheimische Tier- und Pflanzenwelt oder bemerkenswerte Landschaftsbilder vor Zerstörung zu sichern, ohne daß hierfür große wirtschaftliche Opfer gebracht werden müssen. Zu einer solchen Mitarbeit im Sinne des Naturschutzes ist die Forstwirtschaft stets bereit. Beispiele aus unserer nächsten Umgebung zeigten, was auf diesem Wege bereits erreicht wurde und was, bei allseitigem gutem Willen ohne große Opfer noch erzielt werden könnte.

Gemeinderundschau

Arbeitsmarktbericht in Mannheim wieder ungünstig. Am 15. März d. J. registrierte das Arbeitsamt Mannheim 37 909 Arbeitsuchende, nämlich 28 594 Männer und 9315 Frauen. Die Zunahme gegenüber dem 28. Februar 1931 beträgt 683 Personen. Auf die Stadt Mannheim und deren Vororte entfallen 28 167 Arbeitsuchende, davon 22 261 Männer und 5906 Frauen, und auf die Landgemeinden 6333 Männer und 3409 Frauen. Unterstützung beziehen 21 273 Personen, davon 14 519 Personen Arbeitslosenunterstützung und 6754 Personen Krisenunterstützung. Dazu kommen 19 189 zuschlagsberechtigte Ehegatten und Kinder. Bemerkenswert ist, daß die Zunahme von 683 arbeitsuchenden Personen restlos auf das Kontingent der Männer entfällt. Die Arbeitsaufnahme in der Tabakindustrie kommt nur langsam in Gang.

Vom Kraftpostverkehr Wertheim—Würzburg. Der Gemeinderat **Wertheim** hat erklärt, daß die Zuschüsse zur Kraftpostlinie Wertheim—Würzburg mit Rücksicht auf die allgemeine ungünstige Wirtschaftslage für die Stadt nicht mehr tragbar seien. In einer aus diesem Grunde einberufenen Besprechung zwischen Vertretern der bayerischen und badischen Oberpostdirektionen der Stadt Würzburg, der Stadt Wertheim und der beteiligten Gemeinden in Wertheim, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Es wurde beschlossen, Mittel und Wege zu suchen, um eine Stillegung zu vermeiden.

Halte den verehrlichen Behörden und werten Straßenbaufirmen meinen

gebrochenen Teersplitt

aus alpinem Hartgestein, vollkommen wasserhell gewaschen und meinen

Spezial-Sand

besonders für Walz - Asphaltarbeiten geeignet, bestens empfohlen.

Architekt Carl Baumann
Baumeister und Wasserbautechniker **Mengen**
Fernruf 125 Schließfach 31 (Württemberg)

Der Bürgerausschuß Buchen hat einstimmig die Aufnahme eines Darlehens von 15 000 *RM* für bauliche Änderungen des Realgymnasiums, Erneuerung und Ergänzung der Lehrmittel usw. genehmigt.

Der Ausbau der Straße Buchen-Hettigenbeuern-Amorbach, eine Angelegenheit, die schon seit langer Zeit betrieben wird, aber durch den Bahnbau Buchen—Walldürn in den Hintergrund geriet, wird nun verlangt. Dabei wird auf die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und Verkehrsbelebung im badischen und bayerischen Odenwald hingewiesen.

Finanzdebatte in Baden-Baden. Im Stadtrat Baden-Baden wurde über die aktuelle Finanzfrage beraten: Nach Ablehnung der Bürger- und Biersteuer verbleibt ein **Defizit von 400 000** Reichsmark im Stadthaushalt. Ein außerordentlicher Holzhieb soll nun einen Übergangskredit sichern. Da dann immer noch ein ungedeckter Betrag von 200 000 *RM* besteht, will man durch Einsparungen eine weitere Verminderung erzielen. In den Beratungen erwog man u. a. auch, ob das **Theater** über den 1. April hinaus erhalten werden kann. Da die Theaterleitung sich mit dem reduzierten Haushalt aber ausgezeichnet zu halten vermochte, sprach man sich im Stadtrat für die Wiedereinsetzung eines Betrages von **50 000 *RM* als Zuschuß an** das Theater aus. Wesentliche Ersparnisse sollen auch beim **Pferderennen** und im **Flugverkehr** gemacht werden, doch steht man auf dem Standpunkte, daß im Interesse des Ansehens des Kurortes über eine gewisse Grenze nicht hinausgegangen werden kann. Eine Ausgabenminderung erhofft man sich nun vor allem aus der Schaffung eines gemeinsamen **Baden-Baden-Karlsruher Flughafens bei Muggensturm.** Bezüglich der Ermöglichung weiterer Arbeitsgelegenheit wurden Schritte unternommen, um aus der Westhilfe einen größeren Betrag zu erhalten.

Der Gemeinderat Oberkirch hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß dem deutschen Handwerk nur geholfen werden könne, wenn steuerliche Erleichterungen geschaffen werden können. Dies sei in erster Linie möglich durch Beseitigung der allgemein als ungerecht empfundenen **Gebäudesondersteuer.** Durch den Fortfall dieser Last würden Mittel frei, die den Handwerkern allgemein zugute kämen.

Die Müllheimer Festhalle als Versammlungslokal. Der Gemeinderat von Müllheim beschloß, da verschiedene Beschwerden über den letzten nationalsozialistischen Volkskunstabend eingegangen sind, denjenigen Organisationen in Zukunft die Festhalle nicht mehr zur Verfügung zu stellen, in deren Veranstaltungen der Staat oder seine Einrichtungen lächerlich oder verächtlich gemacht oder Teile der Bevölkerung beleidigt werden. — Nach dem Beispiel anderer Städte ist auch in Müllheim das Wohnungsamt zum 1. März dieses Jahres aufgehoben worden. Nachdem das Versorgungskrankenhaus in Müllheim aufgelöst ist und die Lazarettanlagen mit dem 1. April der Stadt wieder zurückgegeben werden, wurden diese zur weiteren Verpachtung ausgeschrieben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	19. März Geld	19. März Brief	18. März Geld	18. März Brief
Amsterdam 100 G.	168.09	168.43	168.11	168.45
Kopenhagen 100 Kr.	112.13	112.35	112.14	112.36
Italien . . 100 L.	21.96	22.00	21.975	21.015
London . . 1 Pfd.	20.37	20.41	20.375	20.415
New-York . 1 D.	4.1920	4.2000	4.1940	4.2020
Paris . . . 100 Fr.	16.398	16.438	16.404	16.444
Schweiz . . 100 Fr.	80.655	80.815	80.675	80.835
Wien 100 Schilling	58.945	59.065	58.955	59.075
Prag . . . . 100 Kr.	12.426	12.446	12.428	12.448

Die deutschen Konsumvereine

Der Enqueteausschuß legt das Ergebnis seiner Untersuchungen über die deutschen Konsumvereine vor.

Der Aufschwung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung in der Nachkriegszeit war unverkennbar. Vor allem die Arbeiterschaft stellt das Hauptkontingent des Mitgliederbestandes. Zwar dominieren bei den Umsätzen noch immer die Lebensmittel, in steigendem Umfange aber sind Textilien (bis zu 30 Prozent) und sonstige Gebrauchsgegenstände (u. a. Haushaltsartikel, Radio, Möbel) aufgenommen worden. In größeren Konsumvereinen werden 7—800 Artikel geführt. Die **Eigenproduktion** hat von Jahr zu Jahr größere Bedeutung gewonnen. Die **Preise** werden in der Mehrzahl der Fälle auf Grund der durchschnittlichen Unkosten festgesetzt. Der Bruttoaufschlag beträgt durchschnittlich etwa 25 Prozent. Die Rückvergütung übersteigt im allgemeinen nicht die vom privaten Einzelhandel gewährten Rabattsätze. Die Konsumvereine stehen am stärksten mit den **mittelständischen** Handelsbetrieben, insbesondere mit den Kolonialwarenhändlern und Fleischereien, weniger mit den Warenhäusern und Massenfilialunternehmungen in Konkurrenz.

Die Zahl der Mitglieder der deutschen Konsumvereine betrug 3 050 000 am Schlusse des Jahres 1930. Der Umsatz ging von 1242 Mill. RM. im Jahre 1929 auf 1212 Mill. RM. zurück (um 2,4 Prozent), wobei die Preissenkung eine Rolle spielte. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied ist auf 397 RM. zurückgegangen (415 im Vorjahre). Die **Spareinlagen** betrugen insgesamt 406,4 Mill. RM. (Vermehrung nur 32 Mill. gegen 77 Mill. in 1929 und 90 Mill. RM. in 1928). Die eigenen Betriebsmittel haben sich um 8 Prozent vermehrt. (Anteilguthaben der Mitglieder 67,3 Mill., Rücklagen aller Art 64,8 Mill. RM.)

Aus einem von den Konsumgenossenschaften aufgestellten Ernährungsindex geht hervor, daß der Vorsprung, den die Konsumvereine im Preisabbau gehabt hatten, neuerdings bis auf einen kleinen Rest wieder verlorengegangen ist.

Heinrich-Lanz-AG. in Mannheim. Die Aufsichtsratssitzung, die über die Bilanz für das Geschäftsjahr 1930 Beschluß zu fassen haben wird, soll in der zweiten Hälfte des April stattfinden. Angesichts der allgemeinen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere der Notlage der Landwirtschaft, sowie den verschlechterten Verhältnissen im Exportgeschäft, ist — wie die „Berl. Börsenztg." meldet — mit einer **Dividende für 1930 keineswegs zu rechnen.** Die auf den 9. Mai einberufene ordentliche Generalversammlung soll auch noch über die Bilanzgenehmigung und Gewinnverteilung für 1929 Beschluß fassen. Es wurde für 1929 ein Reingewinn von 619 030 Reichsmark ausgewiesen. Nach der ursprünglichen Absicht sollten hiervon 500 000 RM. einem Sonderreservefonds zugeführt und 119 030 RM. vorgetragen werden.

Konkurs einer Backofenbauanstalt. Die altangesehene Backofenbauanstalt Gebrüder Oberle in **Villingen** im Schwarzw., ist in Konkurs geraten. Vor zwei bis drei Jahren hatte sie einen Vergleich abschließen müssen, weil einer ihrer Geschäftsführer sich Unterschlagungen zu schulden kommen ließ, wodurch sie über eine halbe Million Reichsmark verlor. Wie WTB.-Handelsdienst erfährt, stehen etwa 500 000 *RM* nicht bevorrechtigte und 30 000 *RM* bevorrechtigte Forderungen, 80 000 *RM* Aktiven gegenüber.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Landeshauptstadt

Geistl. Rat Dr. Meyer 60 Jahre alt. Der Chefredakteur des „Badischen Beobachters", Herr Geistl. Rat Dr. **Meyer**, der vor kurzem das 30jährige Jubiläum seiner Tätigkeit in der Schriftleitung des Hauptorgans der badischen Zentrumspartei feiern konnte, vollendet am heutigen Tage das 60. Lebensjahr. Seine hervorragende journalistische Betätigung ist schon wiederholt gebührend gewürdigt worden. Die bescheiden-vornehme Art und die vorbildlichen Züge, die den Jubilar als Menschen und Politiker auszeichnen, haben ihm auch in den Reihen der politischen Gegner hohe Wertschätzung und Achtung gesichert. Der Chef der badischen Zentrumspartei, Präsident Dr. **Baumgartner**, widmete dem Geburtstagskinde ein herzliches Dankeswort für sein publizistisches Wirken für Kirche, Volk und Partei. Er habe in vollster Harmonie und steter Fühlungnahme mit den Führern des Zentrums gestanden. Geistl. Rat Wacker und Prälat Dr. Schofer wußten sein journalistisches Urteil wohl zu schätzen. Die badische Zentrumspartei habe allen Anlaß, am heutigen Tage des verehrten Jubilars zu gedenken und ihm von ganzem Herzen zu danken. In diesem Sinne entbietet Präsident Dr. Baumgartner dem Jubilar Glück- und Segenswunsch zum 60. Geburtstag. — Auch wir wünschen dem lieben Kollegen noch recht viele Lebensjahre in voller Gesundheit und unverdrossener Freude am schönen, aber auch schweren Journalistenberuf.

Bürgersteuer. Vom Freitag, dem 20., bis Samstag, dem 28. März 1931, wird die zweite Hälfte der Bürgersteuer von den Steuerpflichtigen erhoben, die in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben **A bis L** (Abt-Straße bis Lützow-Straße) wohnen.

Die religiösen Sozialisten gegen den Evang. Oberkirchenrat. Der Bund der religiösen Sozialisten hat am Mittwochabend unter der Fragestellung „Heraus aus der Kirche?" eine öffentliche Kundgebung im großen Festhallesaal in **Karlsruhe** veranstaltet. Der Andrang auch aus den Kreisen Andersgesinnter war so stark, daß im kleinen Festhallesaal eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Zunächst sprach Direktor Dr. **Dietrich**, Mannheim, der ausführte: Der Fall Eckert sei zum Kampf der religiösen Sozialisten geworden, die den Sturz des Kirchenpräsidenten forderten. Die positive Mehrheit müsse fallen. — Der zweite Redner, Prof. Dr. **Wünsch**, Marburg, sieht in dem Fall Eckert eine Angelegenheit von kirchengeschichtlicher Bedeutung. Die Kirche müsse sich gründlich ändern und ihre Aufgaben in der Not der Gegenwart erkennen. Um dieses Ziel zu erreichen, wolle man in der Kirche bleiben und kämpfen. — Arbeitersekretär **Erb** verbreitete sich über die grundsätzliche Einstellung der religiösen Sozialisten zum Wesen der Kirche. — Dann ergriff Pfarrer **Eckert**, Mannheim, selbst das Wort. Unter der Entpolitisierung der Kirche verstehe der Oberkirchenrat die Mundtotmachung der sozialistischen Pfarrer. Der Redner beschuldigte die Kirchenregierung der Parteilichkeit und des Amtsmißbrauchs zur Niederhaltung eines politischen Gegners. Die Kundgebung verlief ohne die geringste Störung. Das Reichsbanner hatte den Saalschutz übernommen.

Falschgeld im Umlauf. Am Mittwoch wurde wiederum, wie schon verschiedentlich, von zwei Kaufleuten von hier die Einnahme von zwei falschen „2-RM-Stücken" angezeigt. Die unechten Geldstücke sind beschlagnahmt und die polizeilichen Ermittelungen eingeleitet worden. Das Publikum wird zur Vorsicht, insbesondere bei der Einnahme von 2-RM-Stücken hingewiesen.

Badisches Landestheater. Das Konzert des Landestheaterorchesters, das am Samstag, dem 21. März, im Landestheater den **„Wiener Abend"** wiederholt, der vor kurzem in der Festhalle begeisterte Aufnahme fand, begegnet nach den vorliegenden Vorverkaufsberichten dem größten Interesse. Das Programm bestreiten Franz Schubert und Johann Strauß, allerdings zwei ganz Große in ihrem musikalischen Reich, deren Anziehungskraft in allem Wandel der Stile und Geschmacksrichtungen nicht nachgelassen hat und sich behaupten wird, solange der Sinn für den Zauber des Melodischen nicht erstirbt. Schuberts Ouvertüre zur „Zauberharfe" eröffnet das Konzert und der „Radetzky-Marsch" von Johann Strauß bildet als neunte Nummer den Beschluß. Der „Liebesliederwalzer" und der „Frühlingsstimmenwalzer" (Nr. 3 a und 3 b) wird von Lotte Fischbach gesungen. Die musikalische Leitung hat Josef Krips.

Bericht der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe von heute morgen: Das europäische Hochdruckgebiet liegt heute weiter südlich. In unserem Gebiet ist es daher bei südöstlichen Winden bereits milder geworden. Nachmittags und nachts zog leichte Bewölkung auf, da eine über Westeuropa liegende Teilstörung einer atlantischen Zyklone nach dem Zurückweichen des kontinentalen Hochdruckgebietes ihren Einfluß weiter nach Osten ausgedehnt hat. Ein Wetterumschlag ist aber noch nicht zu erwarten. — **Voraussage:** Zeitweise leichte Bewölkung, sonst keine Änderung.

Wasserstände: Waldshut 269 +8, Basel 73 —5, Schusterinsel 135 +2, Kehl 289 —1, Maxau 469 unv., Mannheim 378 +2, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Heidelberg**, 18. März. Am gestrigen Dienstag beging die deutschnationale Landtagsabgeordnete, Frau **Johanna Richter**, den **60. Geburtstag.** Sie ist 1871 in Neckargemünd geboren. Seit nunmehr zehn Jahren ist Frau Richter Mitglied des Landtags, von 1921 bis 1930 gehörte sie auch dem Heidelberger Bürgerausschuß an.

DZ. **Baden-Baden**, 19. März. Wie die Polizeidirektion mitteilt, wurde am Mittwoch der Inhaber der Borghese-Bar und dessen Ehefrau, **Baron von Schellersheim**, wegen umfangreicher Betrügereien in **Untersuchungshaft genommen.** Die Betrügereien sind teils in Baden-Baden, teils in Dortmund begangen worden. Das Betrügerehepaar wurde, wie wir erfahren, nach Dortmund abgeschoben.

bld. **Freiburg i. Br.**, 19. März. Die **Kosten des Strafprozesses** gegen die Inhaber der **Bürkle-Bank** stellen sich einschließlich der Zeugengebühren auf zusammen 1400 bis 1500 Reichsmark. **Sie** würde.. wesentlich größer geworden sein, wenn von den dreißig Zeugen nicht zwölf auf die ihnen zustehenden Gebühren verzichtet hätten. Die Kosten des Strafvollzugs werden später gesondert berechnet, in den oben angeführten 1400 bis 1500 RM. sich nicht enthalten. — Der zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilte Bankier Otto **Bürkle** hat ohne Fühlungnahme mit seinem Verteidiger gegen das Urteil **Berufung** eingelegt.

DZ. **Böhrenbach**, 18. März. Der Möbelfabrikant **Infanger**, über dessen Möbelfabrik seinerzeit schon berichtet wurde, daß sie seit Wochen stilliegt, während ihr Besitzer sich unbekannten Orts aufhält, ist unter dem Verdacht des Betruges **festgenommen** worden. Infanger ist ein Schweizer. Er wurde in das Donaueschinger Amtsgefängnis eingeliefert.

Von der französisch-pfälzischen Grenze

DZ. **Winden** (Pfalz), 18. März. Der Zustrom von **Fremdenlegionärskandidaten**, die über die pfälzisch-elsässische Grenze nach Frankreich kommen wollen, ist in den letzten Wochen erfreulicherweise bedeutend zurückgegangen. Im letzten Monat und in der ersten Hälfte des Monats März wurden nur noch elf Kandidaten zurückgehalten. Dagegen macht sich in den letzten Wochen die steigende Arbeitslosigkeit im Innern Frankreichs durch den Versuch der **Grenzüberschreitung polnischer und tschechischer Arbeiter**, die bisher in Frankreich beschäftigt waren und arbeitslos wurden, besonders bemerkbar. Die Leute kommen einzeln oder in kleineren Trupps völlig mittellos an der Grenze an und wollen zu Fuß den Rückweg in ihre Heimatländer ausführen. Sie klagen mit Bitterkeit über Frankreich, wo man sie hilflos ihrem Schicksal überlasse. Die deutschen Grenzbehörden verweigern, soweit diese Heimwanderer mittellos sind, den Grenzübertritt, damit nicht die stark angespannten deutschen Wohlfahrtseinrichtungen noch weiter belastet werden.

Geschäftliches

Preissenkung für Maßkleidung. Das Schneidergewerbe weist darauf hin, daß auch die Preise für Maßkleidung herabgesetzt sind. Das Publikum wolle das aber noch nicht glauben. Und selbst, wer sich überzeugt habe, glaube nicht, daß die Senkung schon zu Ende sei. Man warte noch, werde sogar ungeduldig. Schon viel Schaden habe diese Auffassung der Verbraucherschaft dem Schneiderhandwerk zugefügt. Bittere Not sei eingekehrt als Folge langdauernder Arbeitslosigkeit. Das alles, weil die Preisabbauparole die Kauftätigkeit in starkem Maße zum Stocken gebracht habe. Man gehe doch einmal zu seiner Schneiderin oder zu seinem Schneider und lasse sich den Bedarf und seinen Wünschen entsprechend Ware vorlegen und die Preise für die Kleidungsstücke nennen, und fordere dann eine bis in alle Einzelheiten hineingehende Erläuterung dieser Kalkulation. Könne das Schneiderhandwerk mehr tun, als dieses Angebot machen? Es habe in seiner Preisberechnung nichts zu verbergen. Die Prüfung der Preise aber werde alle davon überzeugen, daß das Äußerste getan sei. Das sei auch in Verhandlungen mit den Behörden anerkannt worden. Die Preise bestehen nicht nur aus Meistergewinn, sondern auch aus Materialpreis, Unkosten und Löhnen.

L.60

LVK

FÜR OSTERN

empfehlen wir unser reichausgestattetes

Schuhwarenlager

Herrenstraße 14

Größtes Lager in

eleg. Herrenstiefeln u. Halbschuhen, farbige **Frühjahrs-Damenschuhe, Straßenschuhe** in Boxcalf oder Chevreaux bis zum feinsten Genre. Spezialität: **Reformschuhe** für ältere Damen. **Kinderschuhe** und **-Stiefel** in allen Arten. **Arbeitsstiefel • Sportstiefel • Tourenstiefel** in Schwarz und Braun aus ersten Spezialfabriken

Jeder Käufer ist berechtigt, die Paßform seines Schuhes im Röntgenapparat Pedoscop zu prüfen

Abgabe nur an Mitglieder!

Lebensbedürfnisverein

A.530. **Karlsruhe.** Über das Vermögen der Firma **Alexander Palm**, Haus- und Küchengeräte in Karlsruhe, Inhaber Alexander Palm in Karlsruhe-Beiertheim, Breitestraße 67, wurde heute vormittag 10½ Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Kreutzer hier, Stephanienstraße 59. Konkursforderungen sind bis zum 5. April 1931 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am **Dienstag, den 14. April 1931, vormittags 10½ Uhr**, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 142. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgesonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis zum 5. April 1931 anzuzeigen. Karlsruhe, den 16. März 1931.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

Bahnsteigtunnelneubau im Bahnhof Säckingen etwa 900 m³ Aushub, 370 m³ Beton, 20 m³ Granit, 55 m² Betonabdeckung. Bedingungen und Pläne beim unterzeichneten Amt einzusehen, woselbst auch Abgabe. Leistungsverzeichnis unentgeltlich, Plan 6 RM. Angebote bis **27. März 1931, 11½ Uhr**, verschlossen, postfrei mit Aufschrift „Bahnsteigtunnel". Zuschlagsfrist 4 Wochen. R.356

Reichsbahn-Betriebsamt Basel

Wir werben für Sie!

Bürgersteuer.

Vom Freitag, dem 20. bis Samstag, den 28. März 1931, wird die 2. Hälfte der Bürgersteuer von den Steuerpflichtigen eingezogen, die in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben

A bis L

(Abtstraße bis Lützowstraße) wohnen.

Einzugsstelle: Ritterstraße 5 (Haus Köchlin).
Kassenstunden: Nur von 8—12 Uhr.

Karlsruhe, den 18. März 1931. L.59

Stadthauptkasse.

Landesbank für Haus- und Grundbesitz e.G.m.b.H.

Einladung für die

7. ordentliche Generalversammlung

am **Samstag, den 28. März 1931**, nachmittags ½4 Uhr, im Saale des Gasthauses zum „Krokodil" in Karlsruhe, Eingang Blumenstraße.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1930, Vorlage der Vermögensaufstellung und der Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Genehmigung der Vermögensaufstellung, Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlußfassung über die Verteilung d. Reingewinns.
4. Genehmigung der Geschäftsanweisung für den Aufsichtsrat (§ 19 der Satzungen).
5. Beschlußfassung und Erklärung des Aufsichtsrates über den Revisionsbericht des Verbandsrevisors (§§ 53 und 63 GG.)
6. Aufsichtsratswahl. Es scheiden aus: die Herren Emil Deines, Hans Endres aus Karlsruhe, Gustav Klaiber aus Gundelfingen. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Karlsruhe, den 5. März 1931. L.57

Der Aufsichtsrat:
Dr. Eugen Weingart, Rechtsanwalt, Vorsitzender.

Bezirkssparkasse Zell i. W.

(Oeffentliche Verbandssparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM
1. Kassenbestand	31 410,51
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postscheckamt	53 375,04
3. Wechsel	43 744,04
4. Darlehen a. Hypotheken	725 982,89
5. Darlehen in laufender Rechnung	499 612,82
6. Darlehen a. Schuldschein	132 755,20
7. Darlehen an Gemeinden	57 080,—
8. Aufwertungsforderungen	262 598,78
9. Einnahmerückstände	33 933,70
10. Grundstücke u. Gebäude	3 000,—
11. Gerätschaften	1,—
	1 843 493,98

Verbindlichkeiten:	RM
1. Spareinlagen	1 119 799,64
2. Aufwertungsspareinlagen	276 164,54
3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	321 502,89
4. Rücklagen: Gesetzl. Reservefonds	98 917,11
5. Reingewinn v. Jahre 1930	27 109,80
	1 843 493,98

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 441 302,53 RM Einlagen . . . = 115 304,20 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 . = 126 026,91 RM
Somit mehr . . . . . = 10 722,71 RM

Zell i. W., den 2. März 1931. R.346

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Walz, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Ritz, Direktor.

Bezirkssparkasse Reichenau.

(Oeffentliche Verbandssparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM
Kassenbestand	16 249,01
Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postscheckamt	128 120,38
Wechsel	16 582,33
Darlehen auf Hypotheken	1 263 388,35
Darlehen in laufender Rechnung an Private	131 928,60
Darlehen auf Schuldschein	139 307,02
Darlehen an Gemeinden	121 145,49
Aufwertungsforderungen	402 455,25
Einnahmerückstände	15 188,86
Gerätschaften	1,—
	2 234 366,29

Verbindlichkeiten	RM
Spareinlagen	1 534 949,21
Aufwertungsspareinlagen	399 555,56
Giro- und Kontokorrenteinlagen	111 570,05
Aufwertungsabrechnungskonto	102 883,79
Rücklagen (gesetzl. Res.-Fonds)	72 075,45
Reingewinn v. Jahre 1930	13 332,21
	2 234,366,29

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus RM 1 646 519,28 Einlagen . . . = 131 721,54 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 . = 85 407,66 RM
somit weniger . . . . . = 46 313,88 RM

Reichenau, den 12. März 1931. R.348

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: gez. Koch.
Der Geschäftsleiter: gez. Sauter.

Druck G. Braun, Karlsruhe.